
Bedingungen für die Risiko-Lebensversicherung Vertragsgrundlage Tarif M6

Versicherungs-Fall und Leistungen

- 1 Welche Leistungen erbringen wir und was ist nicht versichert?
- 2 Was ist bei und nach Eintritt des Versicherungs-Falls zu beachten und welche Folgen hat die Verletzung dieser Mitwirkungspflichten (Obliegenheiten)?
- 3 An wen und wann erbringen wir die Leistung?
- 4 Welche Folgen haben falsche oder unvollständige Angaben vor Vertrags-Schluss?
- 5 Wann können Sie die Versicherungs-Summe ohne erneute Gesundheitsprüfung erhöhen (Flexibilitäts-Garantie)?
- 6 Wie werden Sie an den Gewinnen beteiligt?

Vertrag und Beitrag

- 7 Wann beginnt der Versicherungs-Schutz?
- 8 Was haben Sie bei der Beitragszahlung zu beachten?
- 9 Wann können Sie Ihren Vertrag kündigen oder beitragsfrei stellen?
- 10 Wie werden die Abschluss- und Vertriebskosten erhoben und ausgeglichen?

Weitere Regelungen

- 11 Welches Recht findet auf Ihren Vertrag Anwendung und wo können Sie Ansprüche gerichtlich geltend machen?
- 12 Können sich Ihre Vertrags-Bedingungen zukünftig ändern?
- 13 Wann verjähren die Ansprüche?

Versicherungs-Fall und Leistungen

1 Welche Leistungen erbringen wir und was ist nicht versichert?

- 1.1 Bei Tod der versicherten Person bei bestehendem Versicherungs-Schutz (Versicherungs-Fall) zahlen wir die vereinbarte Versicherungs-Summe. Zusätzlich beteiligen wir Sie gemäß § 153 Versicherungs-Vertragsgesetz an den Gewinnen und Bewertungsreserven (Gewinn-Beteiligung).
- 1.2 Bei Ableben der versicherten Person in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen kommt keine Leistung zur Auszahlung. Diese Einschränkung entfällt, wenn die versicherte Person in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen stirbt, denen sie während eines Aufenthalts außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt und an denen sie nicht aktiv beteiligt war.
- 1.3 Bei vorsätzlicher Selbsttötung vor Ablauf von drei Jahren nach Abschluss des Vertrags besteht Versicherungs-Schutz nur dann, wenn uns nachgewiesen wird, dass die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen worden ist. Bei einer Erhöhung des Versicherungs-Schutzes gilt für den erhöhten Teil entsprechendes.
- 1.4 Bei Tod des Versicherungs-Nehmers kommt keine Leistung zur Auszahlung, wenn dieser nicht auch versicherte Person ist. In diesem Fall geht, sofern Sie uns gegenüber nichts anderes bestimmt haben, der Vertrag auf die versicherte Person über. Diese kann den Vertrag mit eigenen Beiträgen weiterführen, den Vertrag kündigen oder gegebenenfalls beitragsfrei stellen lassen.

2 Was ist bei und nach Eintritt des Versicherungs-Falls zu beachten und welche Folgen hat die Verletzung dieser Mitwirkungspflichten (Obliegenheiten)?

Ohne die Mitwirkung des Anspruchstellers können wir das Vorliegen der Leistungs-Voraussetzungen nicht feststellen. Damit wir den Leistungs-Fall prüfen können, bestehen folgende Obliegenheiten:

- 2.1 Der Versicherungs-Fall ist uns unverzüglich anzuzeigen. Des Weiteren ist eine amtliche, Alter und Geburtsort enthaltende Sterbeurkunde sowie ein ausführlicher ärztli-

cher Bericht über die Todesursache, den Beginn und Verlauf der Krankheit, die zum Tod der versicherten Person geführt hat, vorzulegen. Ein entsprechendes Formular zur Vorlage beim Arzt stellen wir zur Verfügung.

- 2.2 Zur Klärung der Leistungs-Voraussetzungen können wir weitere notwendige Nachweise verlangen oder Erhebungen anstellen. Der Anspruchsteller hat eine schriftliche Schweigepflicht-Entbindungserklärung vorzulegen, die es uns ermöglicht bei den, die versicherte Person untersuchenden, beratenden oder behandelnden Ärzten, Krankenhäusern oder sonstigen Krankenanstalten sowie anderen Personenversicherern oder Behörden sachdienliche Auskünfte einzuholen und Unterlagen anzufordern. Die vorgelegten Nachweise werden unser Eigentum.

- 2.3 Die Kosten für die ärztlichen Berichte, die weiteren notwendigen Nachweise (z. B. Einsichtnahme in Ermittlungsakten) und Erhebungen trägt derjenige, der die Leistung beansprucht.

- 2.4 Wird eine dieser bei und nach Eintritt des Versicherungs-Falls bestehenden Obliegenheiten verletzt, können sich erhebliche rechtliche Nachteile ergeben. Dabei gilt: Erfolgt die Obliegenheitsverletzung vorsätzlich, geht der Leistungs-Anspruch verloren. Bei grob fahrlässiger Verletzung sind wir berechtigt, die Leistung in einem der Schwere des Verschuldens entsprechenden Verhältnis zu kürzen. Die Kürzung kann bis zur vollständigen Leistungs-Freiheit führen. Wird uns nachgewiesen, dass die Obliegenheit nicht grob fahrlässig verletzt wurde, bleibt der Leistungs-Anspruch bestehen.

Der Leistungs-Anspruch bleibt auch bestehen, wenn uns nachgewiesen wird, dass die Verletzung der Obliegenheit weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungs-Falls noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungs-Pflicht ursächlich war oder wir Sie nicht durch eine gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolgen hingewiesen haben.

Bei arglistiger Verletzung einer Obliegenheit geht der Leistungs-Anspruch auch dann verloren, wenn die Verletzung der Obliegenheit weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungs-Falls noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungs-Pflicht ursächlich war.

3 An wen und wann erbringen wir die Leistung?

- 3.1 Die Leistung aus dem Vertrag erbringen wir an Sie als Versicherungs-Nehmer oder an Ihre Erben, falls Sie uns keine andere Person benannt haben, die bei Eintritt des Versicherungs-Falls die Ansprüche aus dem Vertrag erwerben soll (Bezugsberechtigter). Bis zum Eintritt des Versicherungs-Falls können Sie die Bezugsrechts-Bestimmung jederzeit widerrufen oder ändern. Sie können auch ausdrücklich bestimmen, dass der Bezugsberechtigte die Ansprüche aus dem Vertrag zu Ihren Lebzeiten unwiderruflich und damit sofort erwerben soll. In diesem Fall kann das Bezugsrecht nur noch mit Zustimmung der von Ihnen benannten Person aufgehoben oder geändert werden.
- 3.2 Sie können Ihre Rechte aus dem Vertrag auch abtreten oder verpfänden. Soweit dabei bestehende Bezugsrechte durch Sie oder den Abtretungsgläubiger bzw. Pfandgläubiger widerrufen werden, erbringen wir die Leistung im Todesfall an den Abtretungsgläubiger bzw. den Pfandgläubiger.
- 3.3 Die Einräumung und der Widerruf eines Bezugsrechts sowie eine Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen aus dem Vertrag sind uns gegenüber nur und erst dann wirksam, wenn sie uns vom bisherigen Berechtigten schriftlich angezeigt worden sind.
- 3.4 Der Inhaber des Versicherungs-Scheins gilt als bevollmächtigt, die Leistung entgegen zu nehmen, es sei denn, Sie haben etwas anderes uns gegenüber bestimmt. Wir sind jedoch nicht verpflichtet, die Leistung an den Inhaber des Versicherungs-Scheins zu erbringen.
- 3.5 Kommt eine Leistung zur Auszahlung, können wir etwaige Beitragsrückstände oder andere ausstehende Forderungen verrechnen.
- 3.6 Die Leistungen überweisen wir kostenfrei auf ein uns zu nennendes Konto. Bei Überweisungen in das Ausland trägt der Zahlungsempfänger das hiermit verbundene Risiko sowie die anfallenden Kosten.
- 3.7 Die Leistungen sind fällig mit der Beendigung der zur Feststellung des Versicherungs-Falls und des Umfangs der Leistung notwendigen Erhebungen.
Sind diese nicht bis zum Ablauf eines Monats seit Anzeige des Versicherungs-Falls beendet, können Abschlagszahlungen bis zur Höhe der voraussichtlichen Mindestleistung verlangt werden. Bei Berechnung dieser Frist zählt der Zeitraum nicht mit, in dem die Erhebungen infolge eines Verschuldens des Anspruchstellers nicht beendet werden können.
Nach Vorlage aller zur Prüfung der Leistungs-Ansprüche notwendigen Unterlagen erklären wir innerhalb von 10 Werktagen, ob und in welchem Umfang wir eine Leistung anerkennen.

4 Welche Folgen haben falsche oder unvollständige Angaben vor Vertrags-Schluss?

- 4.1 Wir übernehmen den Versicherungs-Schutz im Vertrauen darauf, dass alle in Textform gestellten Fragen bis zur Abgabe Ihrer Vertrags-Erklärung wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet wurden (vorvertragliche Anzeigepflicht).
- 4.2 Soll eine andere Person versichert werden, ist auch diese – neben Ihnen – für die wahrheitsgemäße und vollständige Beantwortung der Fragen verantwortlich. Die Kenntnis und das Verhalten der versicherten Person werden Ihnen zugerechnet.

Rücktritt

- 4.3 Wenn Umstände, die für die Übernahme des Versicherungsschutzes Bedeutung haben, nicht oder nicht richtig angegeben worden sind, können wir vom Vertrag zurücktreten. Dies gilt nicht, wenn uns nachgewiesen wird, dass die vorvertragliche Anzeigepflicht weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verletzt worden ist. Bei grob fahrlässiger Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht haben wir kein Rücktrittsrecht, wenn uns nachgewiesen wird, dass wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten. Haben Sie die Anzeigepflicht arglistig verletzt, sind wir nicht zur Leistung verpflichtet.
- 4.4 Im Fall des Rücktritts besteht kein Versicherungsschutz. Haben wir den Rücktritt nach Eintritt des Versicherungs-Falls erklärt, sind wir dennoch zur Leistung verpflichtet, wenn uns nachgewiesen wird, dass der nicht oder nicht richtig angegebene Umstand weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungs-Falls noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungs-Pflicht ursächlich war.
- 4.5 Bei einem Rücktritt steht uns der Beitrag bis zum Wirksamwerden der Rücktrittserklärung zu.
- 4.6 Die Rückzahlung der Beiträge kann nicht verlangt werden.

Kündigung

- 4.7 Ist unser Rücktrittsrecht ausgeschlossen, weil die Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit beruhte, können wir den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen.
- 4.8 Wir haben kein Kündigungsrecht, wenn uns nachgewiesen wird, dass wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen (z. B. Risikozuschläge, Leistungs-Einschränkungen) geschlossen hätten.
- 4.9 Kündigen wir den Vertrag, wandelt sich dieser in eine beitragsfreie Versicherung mit reduzierter Versicherungssumme um.

Rückwirkende Vertrags-Anpassung

- 4.10 Können wir vom Vertrag nicht zurücktreten oder diesen kündigen, weil wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, aber zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten, werden diese auf unser Verlangen rückwirkend Vertrags-Bestandteil. Haben Sie die Anzeigepflichtverletzung nicht zu vertreten, erfolgt die Vertrags-Anpassung ab Beginn der laufenden Versicherungs-Periode.
- 4.11 Erhöht sich durch die Vertrags-Anpassung der Beitrag um mehr als 10 Prozent oder schließen wir den Versicherungsschutz für den nicht angezeigten Umstand aus, können Sie den Vertrag innerhalb eines Monats nach Zugang unserer Mitteilung ohne Einhaltung einer Frist kündigen. In unserer Mitteilung über die Vertrags-Anpassung werden wir Sie auf Ihr Kündigungsrecht hinweisen.

Ausübung unserer Rechte

- 4.12 Unsere Rechte auf Rücktritt, Kündigung oder Vertrags-Anpassung stehen uns nur zu, wenn wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf die Folgen einer Anzeigepflichtverletzung hingewiesen haben und wir den nicht angezeigten bzw. unrichtig angezeigten Umstand oder die Unrichtigkeit nicht kannten.

4.13 Unsere Rechte müssen wir innerhalb eines Monats schriftlich geltend machen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem wir von der Verletzung der Anzeigepflicht, die das von uns geltend gemachte Recht begründet, Kenntnis erlangen. Bei Ausübung unserer Rechte müssen wir die Umstände angeben, auf die wir unsere Erklärung stützen. Wir können unsere Entscheidung in der Folge mit weiteren Umständen begründen, sofern uns diese noch nicht länger als einen Monat bekannt sind.

4.14 Die genannten Rechte können wir nur innerhalb von fünf Jahren seit Vertrags-Schluss ausüben. Haben Sie die Anzeigepflicht vorsätzlich oder arglistig verletzt, beträgt die Frist zehn Jahre.

Anfechtung wegen arglistiger Täuschung

4.15 Wir können den Vertrag auch anfechten, falls durch unrichtige oder unvollständige Angaben bewusst und gewollt auf unsere Annahme-Entscheidung Einfluss genommen worden ist. Handelt es sich um Angaben der versicherten Person, können wir Ihnen gegenüber die Anfechtung erklären, auch wenn Sie von der Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht keine Kenntnis hatten.

4.16 Die Rückzahlung der Beiträge kann nicht verlangt werden.

Leistungserweiterung/Wiederherstellung der Versicherung

4.17 Die vorgenannten Rechte und Regelungen bei einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung gelten bei einer unsere Leistungs-Pflicht erweiternden Änderung oder bei einer Wiederherstellung der Versicherung entsprechend. Die Fristen von fünf bzw. zehn Jahren zur Ausübung unserer Rechte beginnen mit der Änderung oder Wiederherstellung der Versicherung bezüglich des geänderten oder wiederhergestellten Teils neu zu laufen.

Erklärungsempfänger

4.18 Die Ausübung unserer Rechte erfolgt durch schriftliche Erklärung Ihnen gegenüber bzw. gegenüber einer von Ihnen bevollmächtigten Person.

5 Wann können Sie die Versicherungs-Summe ohne erneute Gesundheitsprüfung erhöhen (Flexibilitäts-Garantie)?

Weisen Sie uns für die versicherte Person die Eheschließung, die Geburt eines Kindes, den Eintritt ihrer Volljährigkeit, den Erwerb einer Immobilie, die Befreiung von der Versicherungspflicht in einem berufsständischen Versorgungswerk oder die Reduzierung von Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund des Eintritts in die Selbstständigkeit nach, haben Sie das Recht, für die versicherte Person mit deren Zustimmung zu den dann gültigen Bedingungen ohne Risikoprüfung mit einem zusätzlichen Beitrag einen zusätzlichen Vertrag gleicher Art mit einer Versicherungs-Summe von bis zu 100 Prozent der bisherigen Versicherungs-Summe, maximal jedoch 25.000,00 Euro für jedes Ereignis – bzw. 50.000,00 Euro innerhalb von fünf Jahren bei mehreren Ereignissen – abzuschließen. Dies können Sie bis zu sechs Monate nach dem zugrunde liegenden Ereignis verlangen. Diese Flexibilitäts-Garantie endet fünf Jahre vor Ablauf des Vertrags.

6 Wie werden Sie an den Gewinnen beteiligt?

6.1 Wir beteiligen Sie gemäß § 153 des Versicherungs-Vertragsgesetzes nach einem verursachungsorientierten

Verfahren an den Gewinnen und Bewertungsreserven (Gewinn-Beteiligung).

6.2 Gewinne entstehen, wenn Sterblichkeit und Kosten niedriger sind als bei der Tarifikalkulation angenommen sowie aus den Erträgen der Kapitalanlagen. Eine Rechtsverordnung zu § 81 c des Versicherungsaufsichtsgesetzes legt die Mindesthöhe der Beteiligung der Versicherungs-Nehmer an diesen Gewinnen fest.

Wir ermitteln die Gewinne jährlich und stellen sie im Rahmen unseres Jahresabschlusses fest. Wir veröffentlichen die Gewinn-Anteilsätze in unserem Geschäftsbericht. Die absolute Höhe der künftigen Gewinn-Beteiligung kann nicht für die gesamte Vertrags-Dauer garantiert werden.

Ihre Versicherung gehört zur Bestandsgruppe Einzel-Risikoversicherungen. Jede einzelne Versicherung erhält Anteile an den Gewinnen dieser Bestandsgruppe.

Wir teilen Ihnen zu Beginn einer jeden Versicherungs-Periode Gewinn-Anteile in Prozent des fälligen Beitrags zu. Als Versicherungs-Periode gilt, falls nicht der Beitrag nach kürzeren Zeitabschnitten bemessen ist, der Zeitraum eines Jahres. Diese werden zur sofortigen Beitrags-Ermäßigung verwendet. Bei einer Änderung des Gewinn-Anteilsatzes werden wir Sie informieren.

6.3 Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Bewertungsreserven können starken Schwankungen unterliegen. Wir ermitteln die Bewertungsreserven jährlich im Rahmen unseres Jahresabschlusses und veröffentlichen diese in unserem Geschäftsbericht.

Bei Beendigung Ihres Vertrags werden für diesen Zeitpunkt die Bewertungsreserven ermittelt und gemäß §153 Abs. 3 des Versicherungs-Vertragsgesetzes zur Hälfte berücksichtigt. Von dem so ermittelten Betrag wird Ihnen bei Beendigung Ihres Vertrags Ihr Anteil ausbezahlt.

Vertrag und Beitrag

7 Wann beginnt der Versicherungs-Schutz?

Der Versicherungs-Schutz besteht, sobald der Vertrag zustande gekommen ist, frühestens jedoch zu dem im Versicherungs-Schein angegebenen Beginn. Allerdings entfällt unsere Leistungs-Pflicht bei nicht rechtzeitiger Beitragszahlung.

8 Was haben Sie bei der Beitragszahlung zu beachten?

8.1 Die vereinbarten Beiträge sind ab Vertrags-Beginn zu bezahlen. Der erste Beitrag (Einlösungsbeitrag) wird sofort mit Zustandekommen des Vertrags fällig, jedoch nicht vor dem im Versicherungs-Schein angegebenen Beginn. Alle weiteren Beiträge (Folgebeiträge) sind jeweils zum Beginn der vereinbarten Zahlungsperiode zu entrichten.

8.2 Wurden wir zum Beitragseinzug (Lastschriftverfahren) ermächtigt, sind Sie erst und nur dann zur Übermittlung ausstehender und zukünftiger Beiträge verpflichtet, wenn wir Sie in Textform dazu aufgefordert haben. Wir sind dann nicht mehr zum Beitragseinzug verpflichtet. Erfolgt die Beitragszahlung im Lastschriftverfahren, müssen Sie sicherstellen, dass der Beitrag am Fälligkeitstag eingezogen werden kann und einer berechtigten Einziehung nicht widersprochen wird. Konnte der fällige Beitrag ohne Ihr Verschulden wiederholt von uns nicht eingezogen werden, ist

die Zahlung auch dann noch rechtzeitig, wenn sie unverzüglich nach unserer in Textform erteilten Zahlungsaufforderung erfolgt.

- 8.3 Wurde uns keine Einzugsermächtigung erteilt, genügt es für die Rechtzeitigkeit der Beitragszahlung, wenn Sie fristgerecht alles getan haben, damit der Beitrag bei uns eingeht. Die Übermittlung der Beiträge erfolgt auf Ihre Gefahr und Ihre Kosten.
- 8.4 Konnte der Einlösungsbeitrag von uns nicht rechtzeitig eingezogen werden oder wurde dieser von Ihnen nicht rechtzeitig gezahlt, können wir – solange die Zahlung nicht bewirkt ist – vom Vertrag zurücktreten. Unser Rücktrittsrecht ist ausgeschlossen, wenn Sie uns nachweisen, dass Sie die Nichtzahlung nicht zu vertreten haben. Ist der Einlösungsbeitrag bei Eintritt des Versicherungsfalls noch nicht gezahlt, besteht kein Anspruch auf die Leistung. Unsere Leistungs-Pflicht besteht jedoch, wenn uns nachgewiesen wird, dass Sie die Nichtzahlung nicht zu vertreten haben. Wurden wir ermächtigt, die Beiträge von einem Konto einzuziehen, besteht auch bei Nichtzahlung des Erstbeitrags Versicherungs-Schutz, es sei denn, die Bank hätte den Einzug des Beitrags zum Fälligkeitstag mangels Kontodeckung nicht durchgeführt.
- 8.5 Konnte ein Folgebeitrag von uns nicht rechtzeitig eingezogen werden oder wurde dieser von Ihnen nicht rechtzeitig gezahlt, erhalten Sie von uns eine Mahnung in Textform, in der wir Ihnen eine Frist von mindestens zwei Wochen setzen. Begleichen Sie den Rückstand nicht fristgerecht, entfällt oder vermindert sich der Versicherungs-Schutz und wir können den Vertrag kündigen. Auf die Rechtsfolgen werden wir Sie im Mahnschreiben umfassend hinweisen. Die Kündigung des Vertrags kann für den Fall der Nichtzahlung der Beiträge bereits im Mahnschreiben erklärt werden.
- 8.6 Entsteht für diesen Vertrag eine Steuerpflicht z. B. durch Verlegung Ihres Wohnsitzes ins Ausland, erhöht sich der Beitrag um die abzuführende Steuer.

9 Wann können Sie Ihren Vertrag kündigen oder beitragsfrei stellen?

- 9.1 **Sie können Ihre Versicherung jederzeit kündigen oder beitragsfrei stellen. Dies ist ohne Einhaltung einer Frist zu jedem Monatsende möglich.**
- 9.2 Im Falle einer Kündigung oder Beitrags-Freistellung reduziert sich die Versicherungs-Summe auf die beitragsfreie Summe, die nach den anerkannten Regeln der Versicherungs-Mathematik für den Schluss des laufenden Monats errechnet wird und deren Höhe vom Zeitpunkt der Kündigung oder Beitrags-Freistellung abhängt. Der aus Ihrer Versicherung für die Bildung der beitragsfreien Versicherungs-Summe zur Verfügung stehende Betrag ergibt sich gemäß § 165 Abs. 2 des Versicherungs-Vertragsgesetzes nach den Vorschriften des § 169 Abs. 3 bis 5 des Versicherungs-Vertragsgesetzes, vermindert um ausstehende Forderungen, z. B. Beitragsrückstände. Der zur Verfügung stehende Betrag ist das nach den anerkannten Regeln der Versicherungs-Mathematik mit den Rechnungsgrundlagen der Beitragskalkulation zum Schluss des laufenden Monats berechnete Deckungskapital der Versicherung zuzüglich des Betrags für die angesetzten Abschluss- und Vertriebskosten, der gemäß Ziffer 10.2 in den ersten fünf Jahren angerechnet wird.
- Die Kündigung oder Beitrags-Freistellung Ihrer Versiche-

rung ist mit Nachteilen verbunden. In der Anfangszeit Ihrer Versicherung ist wegen der Verrechnung von Abschluss- und Vertriebskosten nach dem gemäß Ziffer 10 beschriebenen Verrechnungsverfahren keine oder eine nur geringe beitragsfreie Versicherungs-Summe vorhanden. Da aus den in Ziffer 10.2 genannten Gründen auch in den Folgejahren kein oder nur ein geringer Betrag für die Bildung einer beitragsfreien Versicherungs-Summe zur Verfügung steht, ergibt sich auch hier keine oder nur eine geringe beitragsfreie Versicherungs-Summe. Die Rückzahlung der Beiträge können Sie nicht verlangen. Nähere Informationen zur beitragsfreien Versicherungs-Summe und ihrer garantierten Höhe entnehmen Sie der Ihrem Versicherungs-Schein beigefügten Anlage „Garantiewerte“. Sie ist Inhalt Ihres Vertrags.

10 Wie werden die Abschluss- und Vertriebskosten erhoben und ausgeglichen?

- 10.1 Durch den Abschluss von Versicherungs-Verträgen entstehen Kosten. Diese sogenannten Abschluss- und Vertriebskosten gemäß der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungs-Unternehmen sind bereits pauschal bei der Tarifikalkulation berücksichtigt und werden daher nicht gesondert in Rechnung gestellt.
- 10.2 Für Ihren Vertrag findet das in der Deckungsrückstellungsverordnung beschriebene Verrechnungsverfahren Anwendung. Hierbei werden die ersten Beiträge zur Tilgung von Abschluss- und Vertriebskosten herangezogen, soweit sie nicht für Leistungen im Versicherungs-Fall, Kosten des Versicherungsbetriebs in der jeweiligen Versicherungs-Periode und auf Grund der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungs-Unternehmen für die Bildung der Deckungsrückstellung bestimmt sind. Die Abschluss- und Vertriebskosten, die nach dem Verrechnungsverfahren getilgt werden können, sind auf maximal 4 Prozent der Summe der für die Laufzeit des Vertrags kalkulierten Beiträge beschränkt. Wir kalkulieren mit einem niedrigeren Prozentsatz. Diese Abschluss- und Vertriebskosten werden im Falle einer Kündigung oder Beitrags-Freistellung innerhalb der ersten fünf Jahre nach dem im Versicherungs-Schein angegebenen Beginn anteilig angerechnet. Für die Berechnung dieses Anteils wird von einer gleichmäßigen Verteilung der Abschluss- und Vertriebskosten auf die ersten fünf Jahre ausgegangen. Angerechnet wird der Betrag, welcher auf die Zeit zwischen der Kündigung oder Beitrags-Freistellung und dem Ende des fünften Jahres nach dem im Versicherungs-Schein angegebenen Beginn entfällt.
- 10.3 Das beschriebene Verfahren hat wirtschaftlich zur Folge, dass in der Anfangszeit Ihrer Versicherung keine oder nur geringe Beträge zur Bildung einer beitragsfreien Versicherungs-Summe vorhanden sind. Auch in den Folgejahren ergeben sich aus den in Ziffer 10.2 genannten Gründen keine oder nur geringe beitragsfreie Summen.

Weitere Regelungen

11 Welches Recht findet auf Ihren Vertrag Anwendung und wo können Sie Ansprüche gerichtlich geltend machen?

- 11.1 Für Ihren Vertrag gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere das Versicherungs-Vertragsgesetz, soweit nichts abweichend vereinbart ist.

11.2 Sind Sie der Meinung, dass wir Ihre Leistungen zu Unrecht abgelehnt haben, können Sie unsere Entscheidung bei dem für Ihren Wohnsitz zuständigen Gericht überprüfen lassen. Verlegen Sie Ihren Wohnsitz in einen Staat außerhalb der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, können Sie sich ausschließlich an das für unseren Geschäftssitz zuständige Gericht in Deutschland wenden.

nicht mit, soweit dieser Zeitraum nach Beginn der Verjährung liegt.

12 Können sich Ihre Vertrags-Bedingungen zukünftig ändern?

12.1 Sollten einzelne Bestimmungen in den Bedingungen unwirksam sein, wird dadurch die Geltung der übrigen Regelungen in Bedingungen und vertraglichen Vereinbarungen nicht berührt.

12.2 Wurde durch eine höchstrichterliche Entscheidung oder durch einen Verwaltungsakt der Aufsichtsbehörde eine Vertrags-Bestimmung für unwirksam erklärt, können wir eine neue Regelung festlegen. Voraussetzung hierfür ist, dass dies zur Fortführung des Vertrags notwendig ist oder wenn ohne neue Regelung für eine Vertragspartei eine unzumutbare Härte entsteht. Hierbei sind die Interessen der jeweils anderen Vertragspartei zu berücksichtigen. Die neue Regelung ist nur wirksam, wenn sie unter Wahrung des Vertragsziels die Belange der Versicherungs-Nehmer angemessen berücksichtigt. Sie wird zwei Wochen, nachdem die neue Regelung und die hierfür maßgeblichen Gründe dem Versicherungs-Nehmer mitgeteilt worden sind, Vertrags-Bestandteil.

13 Wann verjähren die Ansprüche?

Die Ansprüche aus dem Vertrag verjähren regelmäßig in drei Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und Kenntnis über uns und über die den Anspruch begründenden Umstände vorliegt. Wurde der Anspruch aus dem Versicherungsvertrag bei uns angemeldet und ist unsere Entscheidung in Textform zugegangen, zählt der Zeitraum zwischen Anmeldung und Zugang bei der Fristberechnung